

Protokoll:	Ausschuss für Umwelt und Technik des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	63
		TOP:	1
Verhandlung		Drucksache:	65/2017
		GZ:	OB
Sitzungstermin:	21.02.2017		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	OB Kuhn		
Berichterstattung:	der Vorsitzende, Frau Friedrich, Herr Kessen, Frau Voskamp (alle MEDIATOR GmbH)		
Protokollführung:	Frau Sabbagh / fr		
Betreff:	Memorandum Rosenstein und weiteres Vorgehen - Einbringung -		

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Herrn Oberbürgermeisters vom 13.02.2017, GRDRs 65/2017, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Das vorliegende Memorandum wird als Ergebnis der Informellen Bürgerbeteiligung und Grundlage für den anschließenden Planungsprozess zur Kenntnis genommen (Anlage 1).
2. Die vom Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung identifizierten Handlungsfelder des Memorandums und der bisherigen Bürgerbeteiligung werden als Grundlage für Anknüpfungspunkte der weiteren Planungen zur Kenntnis genommen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Planungs- und Beteiligungsstrategie unter Berücksichtigung der vorgeschlagenen ersten Maßnahmen zu erarbeiten.

Die Beratungsunterlage ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Die von den Berichterstattenden verwendete Präsentation ist dem Protokoll als Datei-anhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll und dem Protokollexemplar für die Hauptaktei ist sie in Papierform angehängt.

In seiner Stellungnahme betont OB Kuhn zunächst, dass die zügige Bebaubarkeit des Rosenstein-Quartiers in elementarem städtischem Interesse sei. Seine Aussage, dass S 21 der Stadt gut tun werde, sei so zu verstehen, dass man nach Fertigstellung des Projekts den Flächengewinn schätzen werde. Bei allen wesentlichen Fragen der Stadt in den Bereichen Wohnen, Stadtentwicklung und Kultur, die aktuell diskutiert würden, spielten den Flächen eine entscheidende Rolle. Wichtig sei nun, dass sich die Stadt für oder gegen das Bauen entscheide. Bei der Informellen Bürgerbeteiligung hätten die Bürger im Grunde eine Alternative zum Europaviertel entworfen, sowohl ästhetisch, von der Bauart her, aber auch in Bezug auf die Frage, ob man immer eine maximale Rendite herausziehen müsse oder ob das städtische Interesse im Vordergrund stehe. Es bewähre sich nun offensichtlich, dass die Flächen der Stadt gehörten, die sie im Rahmen ihrer Bodenvorratspolitik erworben habe. Deshalb brauche die Stadt, sofern der Gemeinderat entsprechend entscheide, auch nicht nach dem Erlös zu schauen, sondern könne sich damit auseinandersetzen, was man dort haben wolle. Des Weiteren hätten sich die Bürger für eine Mischnutzung aus Wohnen, Arbeiten, Freiflächen, Schulen, Kitas und Kultur ausgesprochen. Damit sei die Grundrichtung markiert.

Sehr positiv habe sich hier ausgewirkt, dass Kinder einbezogen worden seien. Ausdrücklich bedankt er sich bei der MEDIATOR GmbH für die gute Arbeit.

Anhand der Präsentation informieren anschließend Frau Voskamp, Frau Friedrich und Herr Kessen über die Informelle Bürgerbeteiligung.

BM Pätzold merkt an, dass der Prozess anhand der entwickelten Handlungsfelder fortgesetzt werden solle. Dieser werde weiterhin Bürgerbeteiligungselemente enthalten. Die Stadt werde sich im "Gläsernen Büro" gemeinsam mit dem Info-Laden Prag präsentieren. Zugleich solle direkt am Rathaus ein Raum eingerichtet werden, in dem die Themen Städtebau, Rosenstein, aber eventuell auch IBA zentral präsentiert werden könnten. Einen herzlichen Dank richtet er an die Organisatoren der offenen Formate, die einen sehr großen Zulauf gehabt und sehr viele Ideen hervorgebracht hätten, sowie an die Mitglieder des Forums Rosenstein und die sehr engagierten Mitglieder der Verwaltung.

Diesem Dank schließen sich die Vertreter der Fraktionen zum großen Teil an, und sie bedanken sich auch für die Ausführungen.

Das gute Ergebnis der angesichts der Größe des Projekts sehr aufwendigen Bürgerbeteiligung lobt StR Kotz (CDU). Dennoch - so seine Erfahrung - führe die Größe und Bedeutung eines Projekts für die Stadt nicht zwingend zu einer größeren Zahl interessierter Bürger. Bei vielen erwache das Interesse erst, wenn in ihrer Nachbarschaft etwas verändert werden solle. Bei diesem Projekt mit baulich eher unkonkreter Fragestellung sei es um die Gestaltung des Zusammenlebens gegangen. Bei einem solchen Jahrhundertprojekt der Stadtentwicklung hätte er sich mehr Interessierte als die ca. 300 Personen - inklusive ca. 80 aus der Verwaltung - gewünscht. Dies werfe die Frage nach der Repräsentativität des Ergebnisses - und wie verpflichtend es sei - auf. Dabei gehe

er davon aus, dass ein solcher Prozess in anderen deutschen Großstädten zu einem sehr ähnlichen Ergebnis geführt hätte. So repräsentiere es unter anderem auch den Zeitgeist. Natürlich wolle niemand an dieser Stelle ein zweites Europaviertel bauen, doch brauche eine Stadt auch solche Nutzungen.

Großen Respekt zolle er denjenigen, die wie z. B. die "IG Bürger für S 21" die Transmission von einer Gruppierung, die für einen Bahnhof geworben habe, hin zur Mitarbeit in den offenen Formaten vollzogen hätten. Dies hätte er sich auch von Kritikern des Bahnhofs gewünscht.

Nun müsse das Projekt so schnell wie möglich in guter Qualität fertiggestellt werden. Die Einschränkungen während der Bauzeit müssten so sein, dass die Stadt weiter funktioniere. Seine Befürchtung gehe dahin, dass man 2021 mit der Planung noch nicht in allen Punkten soweit sei, um der Bahn z. B. bei den Themen Abräumen, Modellieren des Geländes, Vorgaben machen zu können, z. B. welche historischen Gebäude man erhalten wolle und welche nicht, was auf der von der Bahn am zentralen Platz gebauten Tiefgarage geschehen solle, etc. Die Verwaltung müsse nun die Planung forcieren, denn vieles mache sie bzw. der Gemeinderat zum ersten Mal, weshalb man dafür mehr Zeit einplanen müsse. Der Gemeinderat wolle die Entscheidungen nicht unter Zeitdruck fällen und er wolle auch nicht, dass die Topografie der Stadt aus Zeitmangel allein von der Verwaltung festgelegt werde.

Wie immer man zu S 21 stehe, so StR Winter (90/GRÜNE), befinde man sich in einer besonderen Situation, da 85 ha Fläche beplant und bebaut werden müssten. Das sei auch eine große Chance für eine Stadt. Die Ergebnisse der Informellen Bürgerbeteiligung dienten als Grundlage für die Auswahl von Punkten und die Begründung für die Ablehnung anderer. Dies sehe er als großen Meilenstein hin auf dem Weg zur Planung. Mit Blick auf das von BM Pätzold erwähnte "Gläserne Büro" erklärt er, Formate müssten weiterentwickelt und Ausstellungsflächen in der Stadt geschaffen werden. Wichtig sei, mit den Bürgerinnen und Bürgern im Gespräch zu bleiben, was wiederum eine entsprechende personelle Ausstattung und Räume erfordere. Im Unterschied zu den bisherigen Planungen auf freigewordenen Flächen im Umfeld des Bahnhofs müsse mehr auf die Ästhetik und die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum geachtet werden. Wenn er sehe, dass Themen wie soziales Miteinander und Kinderperspektive bei der Bürgerbeteiligung im Vordergrund stünden, schaue er optimistisch in die Zukunft der Gesellschaft.

Im nächsten Schritt müssten Treffpunkte festgelegt werden. Er spüre in der Stadt, dass man sich vermehrt Gedanken mache, wie man leben bzw. das Zusammenleben gestalten wolle. Der Vorlage entnehme er, dass weitere folgen sollten. Seine Fraktion wolle die Verwaltung in diesem Prozess gerne unterstützen und sehe die Stadt hier auf einem sehr guten Weg.

StR Körner (SPD) bedankt sich ausdrücklich bei den Ehrenamtlichen, namentlich erwähnt er den Info-Laden Prag, der seit Jahren in schwierigsten räumlichen Verhältnissen sehr wertvolle Arbeit leiste, den Verschönerungsverein, Kunstverein Wagenhalle und auch die Sozialdemokraten. Seine Fraktion verstehe die Vorlage und das Ergebnis der Bürgerbeteiligung als Auftakt zu einem organisatorischen Start. Mit den beiden Orten - Info-Laden Prag und Eichstraße - werde die Situation konkreter. Das vorangestellte soziale Miteinander als zentrales Element sei zu begrüßen. Bei den Handlungsfeldern stehe für seine Fraktion an erster Stelle, dass mit einer ausgewogenen Boden-

und Programmpolitik bezahlbarer Wohnraum für alle geschaffen werde. Deshalb sollte die Bodenpolitik nicht wie bislang dem Referat WFB überlassen bleiben, sondern man müsse ein ambitioniertes soziales Ziel formulieren. Das Eigentum der Stadt an den Flächen im Rosenstein-Quartier müsse dafür genutzt werden, um in dieser boomenden Metropole mit explodierenden Mieten und Preisen allen Bevölkerungsschichten Wohnen zu ermöglichen. Aus Sicht seiner Fraktion sollte dies auch ein zentraler Beitrag für die IBA sein.

Zu Ziffer 3 des Beschlussantrags merkt er an, die Beteiligung sei hervorragend verlaufen. Kritik übt er allerdings daran, dass das Expertenpanel nicht öffentlich gewesen sei. Zudem sei es kaum gelungen, bei den größeren Veranstaltungen über die "üblichen Verdächtigen" hinauszukommen. Seinem Eindruck nach habe man damit nicht in die Stadtgesellschaft hineingewirkt. Als guten Ansatz wertet er die Idee des Amts für Stadtplanung und Stadterneuerung, mit Bussen in die Bezirke zu gehen. Völlig gefehlt habe jedoch eine aufsuchende Beteiligung mit Fokusgruppen oder Interviews bei Menschen, die solche Veranstaltungen nicht oder kaum besuchten: Familien mit Kindern, Migrantinnen und Migranten, Selbstständige etc. Künftig müsse die Beteiligungsstrategie zwingend einen bedeutenden aufsuchenden Teil haben. Auf diese Weise könnte die Beteiligung künftig auch repräsentativ sein.

Seiner Ansicht nach sollte auch einmal geklärt werden, ob und bei welchem Thema ein Bürgerentscheid fällig wäre. Dies könnte z. B. bei der Bodenpolitik der Fall sein. Rechtlich bestehe mittlerweile die Möglichkeit, den ersten Schritt im Bebauungsplanverfahren einem Bürgerentscheid zu unterlegen. Im vorliegenden Fall befürchte er jedoch, dass der Sachverhalt noch zu abstrakt sei. Da es aber um eine zentrale Fläche mit größten Gestaltungsmöglichkeiten für die Stadt gehe, sei durchaus zu überlegen, ob man der Bürgerschaft nicht eine grundsätzliche Frage zur Entscheidung - z. B. zum Umgang mit den Grundstücken - vorlegen wolle. Er fasst nochmals zusammen, dass seine Fraktion die Themen aufsuchende Beteiligung und Bürgerentscheid gerne in die weitere Diskussion einbringen wolle.

Bei der Bürgerbeteiligung müssten bestimmte Kriterien erfüllt sein, um Enttäuschungen bei den Beteiligten zu vermeiden, betont StR Pantisano (SÖS-LINKE-PluS). So müsse das Ziel der Beteiligung klar definiert sein, außerdem müssten die Ergebnisse zeitnah umgesetzt werden. Des Weiteren müssten zuvor die Rahmenbedingungen, z. B. die Finanzierbarkeit, die Realisierbarkeit, rechtliche Fragen etc., definiert sein. Eine breit angelegte Bürgerbeteiligung brauche Zeit. Wenn alle Kriterien erfüllt seien, würden sich auch viele beteiligen bzw. könne man auch aufsuchende Beteiligung durchführen. Im vorliegenden Fall seien jedoch sehr viele Kriterien noch nicht erfüllt gewesen, z. B. im Zusammenhang mit dem Gleisabbau und dem Zeitpunkt der Fertigstellung von S 21. Nun habe die SPD zu Beginn des Beteiligungsprozesses den Wunsch nach vielen Wohnungen ins Spiel gebracht, und während des Prozesses sei die IBA hinzugekommen. Seine Fraktionsgemeinschaft dagegen fordere dort einen Park als ökologischen Ausgleich. Es stehe jedoch fest, dass dort auf jeden Fall gebaut werde. Deshalb sei die Entscheidung seiner Fraktionsgemeinschaft, sich nicht am Forum Rosenstein zu beteiligen, richtig gewesen. Kritik übt er auch daran, dass in den Texten oft von Stuttgarterinnen und Stuttgartern statt schlicht von Beteiligten die Rede sei.

Gewünscht werde in erster Linie eine gute Anbindung an den ÖPNV, Radwege und Abstellplätze, Raum für Kunst und Kultur, bezahlbarer Wohnraum, z. B. am Vogelsang, schnellstmöglich und nicht erst in zehn Jahren, kleinteilige Struktur, belebte Plätze, au-

tofrei oder autoarm, soziale Durchmischung, Luftqualität etc. Dies seien alles richtige Ideen, doch fehle es im Memorandum an konkreten Vorschlägen. Dafür müssten zunächst die Rahmenbedingungen klar sein.

StR Zeeb (FW) bittet StR Winter, nicht aus dem Auge zu verlieren, dass die "sozialen Geschenke", die dessen Fraktion im Rosenstein-Viertel verteilen wolle, "zum größten Teil aus Steuern aus dem Europa-Viertel finanziert werden" müssten. Er betont die grundsätzliche Skepsis seiner Fraktion gegenüber diesem Projekt. Die Frage sei, ob es sich um ein Alibi-Projekt handle, ob die frühzeitige Bürgerbeteiligung bis hin zu den Kindern für ein Projekt in ferner Zukunft sinnvoll sei und wie sich in den kommenden Jahren die gesamtstädtischen Bedürfnisse änderten. Angesichts der geringen Zahl der Beteiligten könne man durchaus bezweifeln, dass die Ergebnisse repräsentativ seien. Nun müssten die Grundlagen der Planung erforscht und zusammengetragen werden. Man brauche eine Bestandsaufnahme sowohl vom Gelände als auch vom Bodenzustand, und es müsse klar sein, welche Bestandsgebäude man ganz oder teilweise erhalten wolle. Dies müsse möglichst rasch in das Stadtmodell, das seine Fraktion schon lange fordere, einfließen. Daraus könne man die Handlungsfelder ableiten. Man müsse den Bürgern kommunizieren, dass es nun zunächst um die technische Umsetzbarkeit gehe. Auf dieser Basis könne dann eventuell eine weitere Bürgerbeteiligung durchgeführt werden.

Auch nach Ansicht von StR Brett (AfD) müsse man zunächst einmal wissen, was funktioniere. Das Verfahren sei dennoch sehr wichtig gewesen, um mehr Akzeptanz zu gewinnen. Die geringe Zahl der Beteiligten stelle mit Sicherheit keine repräsentative Größe dar. Deshalb sollte daraus auch nichts abgeleitet werden. Wenn sich auf diese Weise die Menschen eingebunden fühlten und es weniger "Sabotage" als bei S 21 gebe, könne man dies schon als Erfolg verbuchen. Denn man könne keine Großprojekte mehr bauen, wenn ein Teil der Bevölkerung ständig "sabotiere". Man sollte also einerseits die technischen Möglichkeiten sehr schnell prüfen und andererseits die Gesprächsbereitschaft der Stadt mit den Gruppen weiter pflegen, wohl wissend, dass es sich um keine repräsentative Gruppe handle. Doch müsse man ihr signalisieren, dass sie in die Stadtgesellschaft eingebunden sei, mit dem Ziel, dass die "Sabotage" dann weg falle.

StR Conz (FDP) sieht auf dem "Wunschzettel der üblichen Verdächtigen" sehr viele berechnete, aber auch sich widersprechende oder gar utopische Wünsche. Die Entscheidung, welche umgesetzt werden sollten, liege beim Gemeinderat.

Im aktuellen Stadium könne das Memorandum nur relativ Unkonkretes enthalten, erklärt StR Dr. Schertlen (STd). Er stellt das Europa-Viertel als warnendes Beispiel dar, da dort bereits über Streetworker diskutiert werde. Er bedauert die "bröckelnde Beteiligung", die möglicherweise darauf zurückzuführen sei, dass zu Beginn zu viele fixe Vorgaben im Raum gestanden hätten. Nach wie vor ungeklärt sei z. B., ob das Post-Areal, das immer noch der Post gehöre, zur Verfügung stehen werde, und was mit den teilweise denkmalgeschützten Gleisbauwerken geschehe. Er entnehme dem Memorandum, dass sich die beteiligten Bürgerinnen und Bürger insbesondere Wohnbebauung wünschten. Daraus leite er ab, dass dies zum großen Teil von Baugemeinschaften oder Baugenossenschaften umgesetzt werden sollte, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Das im Memorandum formulierte Ziel, einen vielfältigen und sozial durchmischten Stadtteil zu schaffen, hätten die STAdTISTEN mit ihrer "Agenda Ro5enstein" aufgegriffen und ins offizielle Beteiligungsverfahren eingespeist. 5 symbolische Hektar von den insgesamt 85 Hektar sollten einer bunten, durchmischten Interessensgemeinschaft, die das Stadt-

leben aktiv mitgestalte, für eine künstlerische und kulturelle Nutzung z. B. in einem Kunst- und Kulturhaus Rosenstein zur Verfügung gestellt werden. Unterzeichnet hätten hier unter anderem der Württembergische Kunstverein, das Theater Rampe, der Kunstverein Wagenhalle, Contain't, das Frauenkaufhaus Rote Zora, Summtgart oder Fahrräder für Afrika.

OB Kuhn legt gegenüber StR Kotz dar, am repräsentativsten seien die Gemeinderatswahl und die qualifizierten Umfragen des Statistischen Amtes. Bürgerbeteiligungen dieser Art seien nicht repräsentativ, sondern sollten Bürgerinnen und Bürgern, die dies wollten, ermöglichen, ihre eigenen Interessen aktiv mit denen anderer zu konfrontieren und zu versuchen, allgemeine Prinzipien zu formulieren. Das spreche nicht gegen aufsuchende Beteiligungsmomente, da man damit mehr Leuten die Partizipation ermögliche. Zurückweisen müsse er aber die Formulierung, dass es sich dabei um einen "Wunschzettel der üblichen Verdächtigen" handle. Hier hätten sich Bürgerinnen und Bürger dazu entschlossen, sich zu engagieren, weshalb die Ergebnisse auch nicht "in die Schublade" gehörten. Natürlich bestehe ein Unterschied zu konkreten Projekten, wie etwa die Villa Berg. Dort habe es lange im Vorfeld Initiativen - Berger Bürger, Occupy, auch der Bezirksbeirat Ost - gegeben und es sei klar, worum es gehe. Positiv vermerkt er bei der Informellen Bürgerbeteiligung, dass die Teilnehmer ihre eigenen Interessen nicht in den Vordergrund gestellt hätten, sondern sie definiert und nach Möglichkeiten einer Verbindung gesucht hätten. Das sei ein hervorragender sozialer Prozess.

Er sage StR Körner gerne zu, über die Grundsätze der Vermarktung und der Bodenpolitik im Quartier frühzeitig offen zu sprechen, unter anderem auch darüber, ob man die für den Kauf der Grundstücke aufgewendeten Mittel wieder erlösen müsse oder nicht. Richtig sei in seinen Augen, dass im Rosenstein-Quartier die Wohnungsprobleme der Stadt Stuttgart mit angepackt würden. Dort müsse bezahlbares Wohnen stattfinden. In diese Richtung gehe auch die IBA mit ihrer Fragestellung, wie man technisch und organisatorisch so bauen könne, dass soziale Durchmischung in breitem Stil möglich sei. Hier warte eine spannende Aufgabe auf die Stadt. Diskutieren müsse man, ob Bodenpolitik sich für eine Bürgerbeteiligung eigne. Seiner Ansicht nach sollten am besten ganz einfache und klare Fragen in einer Bürgerbeteiligung verhandelt werden, z. B. ob man die für den Ostheimtunnel vorgesehenen Mittel (in dann bekannter Höhe) dafür oder lieber für den ÖPNV aufwenden wolle. In einer Bürgerbeteiligung sollten Grundsatzzfragen geklärt werden, die entscheidbar seien und bei denen die Positionen klar vorgetragen werden könnten. Er merkt an dieser Stelle an, dass ihn die Kritik von StR Pantisano an der Bürgerbeteiligung erstaunt habe. Darin trete zutage, dass die Fraktionsgemeinschaft die Bürgerbeteiligung an einem von ihr abgelehnten Projekt schlicht nicht wolle. Offensichtlich könne oder wolle sie Mehrheitsentscheidungen nicht akzeptieren. Im Übrigen höre er zum ersten Mal, dass die Fraktionsgemeinschaft auf dem Gelände einen Park wolle, bisher sei er aufgrund von Äußerungen von StR Rockenbach davon ausgegangen, dass sie auf dem C1-Gelände Wohnungsbau realisieren wolle. Und schließlich weist er darauf hin, dass sich in der Bürgerbeteiligung nicht ausschließlich, aber überwiegend, Stuttgarter Bürgerinnen und Bürger engagiert hätten. Mit Blick auf den Zeitplan merkt er an, aktuell gebe die Bahn 2023 als Zeitpunkt der Fertigstellung von S 21 an. Durch Beschleunigungsmaßnahmen zwischen Land, Stadt, Region und Bahn könne ein Jahr aufgeholt werden. 2022 könne aber noch nicht mit dem Bau begonnen werden, da noch Gleise bearbeitet bzw. entfernt werden müssten. An die Stadtgesellschaft richtet er den Hinweis, dass mit Verkehrsbeeinträchtigung

gen zu rechnen sei, weil schneller gebaut werden solle. Dazu stehe er und hier müsse abgewogen werden. Ein strukturierter Zeitablauf sei notwendig.

Herr Kessen bedankt sich bei den Mitgliedern des Ausschusses für die Würdigung des Memorandums. Um mit Missverständnissen aufzuräumen ergänzt er, große öffentliche Veranstaltungen seien bei einer Bürgerbeteiligung unverzichtbar. Doch der Kern der Beteiligung habe nicht in diesen großen Veranstaltungen, sondern in den vielen offenen Formaten stattgefunden. Durch diesen methodischen Ansatz habe man möglichst viele Menschen quasi zu Hause abholen und sie nicht nötigen wollen, sich an einen anderen Ort zu begeben. Sehr viele Erkenntnisse, die ins Memorandum eingeflossen seien, stammten nicht nur aus den öffentlichen Veranstaltungen, sondern aus vielen anderen Formaten.

Richtig sei, dass durch eine Bürgerbeteiligung für die Betroffenen sichtbar werde, dass sie sich einbringen könnten. Häufig werde in großen Beteiligungsverfahren allein diese Möglichkeit schon als ausreichend empfunden. Das bedeute, dass die rein quantitative Zahl von Beteiligung nichts über das qualitative Empfinden einer größeren Zahl von Betroffenen und Beteiligten aussage. Aufsuchende Beteiligung begrüße er sehr, doch müsse dies im Rahmen bleiben. Ziel des vorliegenden Bürgerbeteiligungsprozesses seien keine konkreten Maßnahmen gewesen, um sofort mit dem Bau zu beginnen zu können, sondern es sei zunächst darum gegangen, die Bürgerinnen und Bürger zu befragen, was ihnen wichtig sei - und nicht nach ihren Wünschen. Da es sich um Interessen und Bedürfnisse handle, schliesse sich dies nicht zwingend sofort aus. Auf dieser Basis müsse die Stadt nun konkrete Dinge formulieren. Als Beispiel für das Verfahren zieht er die Postkarten heran, auf denen üblicherweise nach den Wünschen gefragt würde. Dies habe man abgewandelt und drei Fragen formuliert: "Was empfinden Sie, wenn Sie an Rosenstein denken? Was ist Ihnen dabei wichtig? Was wäre dann anders für Sie?" Die Antworten hierauf seien sehr differenziert gewesen. Insofern werbe er dafür, das Memorandum ernst zu nehmen und daraus etwas zu entwickeln.

Mit dem Verweis auf gute Erfahrungen in anderen Großstädten regt StR Zeeb die Einstellung eines Flächenmanagers an. In diesem Kontext erinnert er an einen Antrag seiner Fraktion bezüglich des Sachstands beim Paketpostamt Ehmannstraße, der noch nicht beantwortet sei. StR Dr. Schertlen schließt sich mit Verweis auf seinen ein Jahr zuvor beantworteten Antrag der Bitte um Bericht zum aktuellen Sachstand an. Ausdrücklich lobt er die Verwaltung für eine erstmals öffentlich behandelte Einbringung.

StR Pantisano schließt sich dem Lob an. Zur Position seiner Fraktionsgemeinschaft in Bezug auf die Bürgerbeteiligung erklärt er, man habe, unter anderem in der Volksabstimmung, die Frage nach der Zukunft des Rosenstein-Areals - Park oder Wohnbebauung - vermisst. Deshalb bleibe seine Fraktionsgemeinschaft dabei, dort die Gleise oberirdisch zu belassen und aus stadtklimatologischen Gründen einen Park anzulegen. In einer neueren Umfrage hätten viele Bürgerinnen und Bürger den Wunsch geäußert, dass die Stadtverwaltung sich mit den Folgen einer Kombilösung auseinandersetze. Angesichts dieser Situation könne seine Fraktionsgemeinschaft die Bürgerbeteiligung Rosenstein aktuell nicht unterstützen. Ganz erhebliche Rahmenbedingungen seien nicht definiert. Damit wolle er das Engagement und die Leistungen der Mediatoren und der Bürgerinnen und Bürger nicht schmälern. Doch seien nur Allgemeinplätze herausgekommen, die man auch in stadtweiten und repräsentativen Umfragen abfragen könne. Allerdings würden die dort formulierten Wünsche oft nicht umgesetzt, wie das Bei-

spiel Europa-Viertel zeige. Dort habe man die Interessen der DB, der LBBW und anderer Banken berücksichtigt.

Die für diesen Prozess veranschlagte Zeit - nach einem Jahr solle ein Ergebnis vorliegen - halte seine Fraktionsgemeinschaft für viel zu kurz. In Karlsruhe habe man sich für ein so wichtiges Thema, wohin sich die Stadt entwickeln solle, zehn Jahre Zeit genommen. Dementsprechend habe dort auch eine große Diskussion stattgefunden. In Stuttgart beginne man gerade mit dem Prozess Stuttgart 2030 und der IBA. Die Allgemeinplätze im Memorandum Rosenstein spielten hier keine Rolle, konkrete Maßnahmen fehlten. Deshalb falle die Kritik seiner Fraktionsgemeinschaft so deutlich aus, und sie bleibe bei ihrer Ablehnung der Bürgerbeteiligung.

StRin Munk (90/GRÜNE) erinnert daran, dass die Bürgerbeteiligung ursprünglich die Wünsche der Bürgerinnen und Bürger für die Stadt am Rosenstein-Viertel exemplarisch habe aufarbeiten sollen. Die aktuelle Diskussion diffamiere in ihren Augen all diejenigen, die sich hier beteiligt hätten. Ihre Fraktion halte die Ergebnisse für richtig und wichtig und wolle sie in der Stadt betreiben, und sie werde auch dafür sorgen, dass sie weder in der Schublade, noch im Mülleimer landeten. Im Übrigen sehe sie darin kein Sammelsurium, vielmehr entsprächen sie den Zielen für die Stadt, wie ein soziales Miteinander, Schaffung qualitativ hochwertigen Wohnraums und identitätsstiftender Orte. Das Quartier sei als Gegenentwurf zum Europa-Viertel geplant. Die Stadt bzw. der Gemeinderat habe nun die Pflicht, die Wünsche der Bürgerschaft umzusetzen. Bis 2023 seien es nur noch sechs Jahre und deshalb müssten bestimmte technische Dinge vorbereitet werden, damit man die Ziele erreichen könne. Sie fordert den Gemeinderat auf, die Bürgerbeteiligung ernst zu nehmen und die formulierten Ziele umzusetzen.

Nicht alles im Europa-Viertel sei schlecht, erklärt StR Körner, am Brunnen zwischen Stadtbibliothek und Milaneo finde z. B. sehr viel Leben statt. Mit Blick auf die Strategie, die für die Bürgerbeteiligung erarbeitet werden solle, merkt er an, es müsse möglich sein, auch darüber zu reden, was nicht optimal gelaufen sei, z. B. Leute zu erreichen, die zu solchen Veranstaltungen eher nicht kämen. Deshalb wäre die aufsuchende Arbeit mit Zielgruppeninterviews, wie man sie in Hamburg-Wilhelmsfeld durchgeführt habe, im Nordbahnhof-Viertel sinnvoll.

An die Fraktionsgemeinschaft gewandt äußert er sein Unverständnis, angesichts der hohen Mieten in Stuttgart dennoch alle Wohnungsbaugelände abzulehnen, z. B. Langenacker-Wiesert, Schafhaus, Nachverdichtung in der Keltersiedlung und Rosenstein-Quartier. Damit werde das Eintreten für bezahlbaren Wohnraum in seinen Augen "völlig unglaubwürdig". In der Bilanz der Stadt sei es für die wirtschaftliche Situation irrelevant, ob sich das Vermögen im langfristigen Anlagevermögen Grundstücke oder im Cash befinde. Deshalb überlege seine Fraktion, welche Formen auch langfristigen Eigentums der Stadt denkbar seien.

Er erinnert daran, dass man sich darin einig gewesen sei, dass der Erfolg eines Beteiligungsverfahrens auch davon abhängen müsse, dass man von Beginn an den Menschen reinen Wein einschenke. Dazu gehöre unter anderem, dass in der Zeitstufenliste Wohnen auf dieser Fläche 7.500 Wohnungen geschaffen werden sollten. OB Kuhn habe im Beteiligungsportal deshalb zu Recht darauf hingewiesen, dass zunächst die politischen Leitplanken benannt werden müssten.

BM Pätzold weist gegenüber StR Zeeb auf das nachhaltige Bauflächenmanagement hin. Beim Neckarpark und dem Schoch-Areal gebe es eine abgestimmte Flächenentwicklung. Mit Blick auf die Bodenpolitik erklärt er, das Thema Stiftung habe sich überholt. Seit 2011 habe man das SIM beschlossen, 2013 die Konzeptvergabe und 2016 die Erhöhung der Quote, nun gehe es darum, diese Bausteine weiterzuentwickeln.

Die Bestandsgebäude seien Teil der Bürgerbeteiligung gewesen und hätten zu einer regen Diskussion geführt. Das 3-D-Modell des Bestands liege vor. Darauf baue man auf und entwickle es weiter. In das Planfeststellungsverfahren zum Rückbau der Gleisanlagen sei die Stadt eng eingebunden, da man dort Fragen zur Gestaltung des Geländes habe. Gegenüber StR Pantisano führt er aus, sowohl Gegner als auch Befürworter des Projekts hätten sich mit der Schnittmenge, den C-Flächen um die Wagenhalle, gemeinsam sehr intensiv beschäftigt.

OB Kuhn stellt abschließend fest:

Die GRDRs 65/2017 ist einggebracht.

Zur Beurkundung

Sabbagh / fr

Verteiler:

- I. Referat StU
zur Weiterbehandlung
Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung (5)
Amt für Umweltschutz
weg. UTA, GR

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. S/OB
 3. Referat AKR
Haupt- und Personalamt
 4. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
Amt für Liegenschaften und Wohnen (2)
 5. Referat T
 6. BVinnen Mitte, Nord
 7. Rechnungsprüfungsamt
 8. L/OB-K
 9. Hauptaktei

- III.
 1. CDU-Fraktion
 2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 3. SPD-Fraktion
 4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
 5. Fraktion Freie Wähler
 6. AfD-Fraktion
 7. Gruppierung FDP
 8. Die STAdTISTEN